

Niederschrift
über den öffentlichen Teil der 20. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Kreistages
am 17.06.2026
in Bremervörde, Kreishaus, großer Sitzungssaal

Teilnehmer:

Mitglieder des Kreistages

Kreistagsvorsitzende Abg. Thea Tomforde
Landrat Marco Prietz
Abg. Robert Abel
Abg. Claus Aselmann
Abg. Ernst Behrens
Abg. Jens Behrens
Abg. Melanie Blank
Abg. Nico Burfeind
Abg. Thomas Busch
Abg. Reinhard Bussenius
Abg. Elisabeth Dembowski
Abg. Dirk Detjen
Abg. Achim Figgen
Abg. Erich Gajdzik
Abg. Wolfgang Harling
Abg. Marvin Heinrich
Abg. Ina Helwig
Abg. Eike Hendrik Holsten
Abg. Michaela Holsten
Abg. Sabine Holsten
Abg. Stefan Imbusch
Abg. Marie-Thérèse Kaiser
Abg. Franziska Kettenburg
Abg. Hans-Jürgen Krahn
Abg. Detlef Kück
Abg. Volker Kullik
Abg. Ingolf Lienau
Abg. Reinhard Lindenberg
Abg. Uwe Lüttjohann
Abg. Henry Michaelis
Abg. Dr. Marco Mohrmann
Abg. Susanne Mrugalla
Abg. Knut Nagel
Abg. Tam Ofori-Thomas
Abg. Bernd Petersen

Abg. Lars Rosebrock
Abg. Joy Rosenberg
Abg. Günter Scheunemann
Abg. Erika Schmidt
Abg. Bernd Sievert
Abg. Dirk-Frederik Stelling
Abg. Hartmut Wallin
Abg. Marsha Weseloh
Abg. Christian Winsemann
Abg. Bernd Wölbern
Abg. Norbert Wolf

Verwaltung

Herr Dr. Torsten Lühning (Dez. IV)
Frau Heike von Ostrowski (Dez. II)
Frau Imke Colshorn (Dez. III)
Frau Dr. Silke Fricke (Dez. I)
Frau Katja Weiße (Gleichstellungsbeauftragte)
Herr Michael Meyer (Büro des Landrates)
Frau Monika Trau (Büro des Landrates)
Herr Jochen Twiefel (Büro des Landrates)

Entschuldigt:

Mitglieder des Kreistages

Abg. Willi Bargfrede
Abg. Nils Bassen
Abg. Jürgen Blanken
Abg. Doris Brandt
Abg. Henning Cordes
Abg. Harald Hauschild
Abg. Tobias Koch
Abg. Marco Körner
Abg. Sünje Loes
Abg. Reinhard Trau

Tagesordnung:

a) öffentlicher Teil

- 1** Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
- 2** Feststellung der Tagesordnung
- 3** Genehmigung der Niederschrift über die 19. Sitzung des Kreistages am 18.03.2026
- 4** Bericht über wichtige Beschlüsse des Kreisausschusses
- 5** Bericht des Landrates über wichtige Angelegenheiten

- 6** Mandatsniederlegung des Kreistagsabgeordneten Marvin Heinrich; hier Feststellung der Voraussetzungen gemäß § 52 Abs. 2 NKomVG
Vorlage: 2021-26/1178
- 7** Verpflichtung eines Kreistagsabgeordneten gemäß § 60 NKomVG und Pflichtenbelehrung gemäß § 43 NKomVG
Vorlage: 2021-26/1179
- 8** Besetzung von Ausschüssen und Gremien
Vorlage: 2021-26/1180
- 9** Resolution „Rettet die Kommunen!“
Vorlage: 2021-26/1177
- 10** Resolution „Bund, Hände weg vom Rettungsdienst!“
Vorlage: 2021-26/1155
- 11** Antrag der Kreistagsfraktionen von CDU, FDP, WFB/BLZG_FW, SPD, B90_Gruene_Die Linke vom 25.05.2026 zur Beratung und Beschlussfassung einer Resolution des Kreistages Rotenburg zum Gesetzentwurf Netzpaket des BMWi
Vorlage: 2021-26/1174
- 12** Antrag der Fraktion WFB/BLZG vom 28.05.2026: Änderung der Geschäftsordnung des Kreistages dahingehend, dass in allen öffentlichen Fachausschüssen Einwohnerfragestunden vorgesehen werden
Vorlage: 2021-26/1173
- 13** Jahresabschluss 2024; a) Beschluss über die Jahresabschlüsse 2024 des Landkreises und des Nettoeregietriebes Abfallwirtschaft, b) Entlastung des Landrates, c) Beschluss über die Ergebnisverwendung der Jahresergebnisse 2024
Vorlage: 2021-26/1139
- 14** Gesamtabschluss 2024: Befreiung von der Aufstellungspflicht gemäß § 128 Abs. 4 Satz 4 NKomVG
Vorlage: 2021-26/1141
- 15** Haushaltsüberschreitungen; hier: Mitteilungen über zwei Eilentscheidungen gemäß § 89 Satz 1 NKomVG sowie eine Mitteilung über eine überplanmäßige Aufwendung für Pensionsrückstellungen im Rahmen des Jahresabschlusses
Vorlage: 2021-26/1181
- 16** Zustimmung zur Annahme von Zuwendungen für die Kreismusikschule
Vorlage: 2021-26/1176
- 17** Bestellung eines Prüfers des Rechnungsprüfungsamtes
Vorlage: 2021-26/1160
- 18** Bauprojekt: BRV-09-2 Gymnasium Sporthalle; Baumaßnahme: Grundsatzbeschluss zur umfangreichen Komplettsanierung oder zum Ersatzneubau der Sporthalle und des Musik-Decks des Gymnasiums Bremervörde
Vorlage: 2021-26/1138

- 19 Aktueller Stand der Verhandlungen mit den Krankenkassen und der daraus resultierenden Entgeltvereinbarung/Satzung
Vorlage: 2021-26/1123
- 20 Änderung der Satzung über die Schülerbeförderung im Landkreis Rotenburg (Wümme)
Vorlage: 2021-26/1119
- 21 Prüfungsmitteilung des Niedersächsischen Landesrechnungshofes über die überörtliche Prüfung des Landkreises Rotenburg (Wümme): "Tagesbildungsstätten oder Förderschulen Geistige Entwicklung?"
Vorlage: 2021-26/1129
- 22 Strategisches Gesamtkonzept „Jugend und Soziales“, hier: Jugendhilferahmenkonzept und Sozialkonzept
Vorlage: 2021-26/1148
- 23 Konzept zur Umsetzung von Arbeitsgelegenheiten nach § 5 AsylbLG im Landkreis Rotenburg (Wümme)
Vorlage: 2021-26/1157
- 24 Neufassung der Satzung über die Abfallbewirtschaftung im Landkreis Rotenburg (Wümme) (Abfallbewirtschaftungssatzung)
Vorlage: 2021-26/1166
- 25 Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Abfallbewirtschaftung im Landkreis Rotenburg (Wümme) (Abfallgebührensatzung)
Vorlage: 2021-26/1167
- 26 Verweisung von Anträgen an den Kreistag in die zuständigen Fachausschüsse
- 26.1 Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 30.05.2026: Biogasanlagen für die Energiewende nutzen
Vorlage: 2021-26/1190
- 27 Anfragen
- 28 Einwohnerfragestunde

Punkt 1 der Tagesordnung: **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit**

Kreistagsvorsitzende Tomforde eröffnet die Sitzung um 9.00 Uhr und begrüßt die Abgeordneten, die Zuhörerinnen und Zuhörer, die Vertreter der Presse und der Verwaltung.

Die Abgeordneten Bargfrede, Bassen, Blanken, Brandt, Cordes, Hauschild, Koch, Loës, Trau und Körner fehlen entschuldigt.

Kreistagsvorsitzende Tomforde stellt fest, dass der Kreistag nach ordnungsgemäßer Einladung beschlussfähig ist.

Punkt 2 der Tagesordnung: Feststellung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird einstimmig in der vorstehenden Reihenfolge festgestellt.

Punkt 3 der Tagesordnung: Genehmigung der Niederschrift über die 19. Sitzung des Kreistages am 18.03.2026

Beschluss:

Die Niederschrift über die 19. Sitzung des Kreistages am 18.03.2026 wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	44
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	1

Punkt 4 der Tagesordnung: Bericht über wichtige Beschlüsse des Kreisausschusses

Landrat Prietz berichtet wie folgt:

Seit der letzten Kreistagssitzung am 18.03.2026 sei der Kreisausschuss am 22.04., 21.05. und 16.06.2026 zu Sitzungen zusammengetreten. Neben Vergabe-, Vertrags- und Personalangelegenheiten seien im Wesentlichen Empfehlungen für die heutige Kreistagssitzung beschlossen worden. Es seien folgende Beschlüsse von allgemeiner Bedeutung gefasst worden:

Kreisausschuss am 22.04.2026

Kreisschulbaukasse Einzelanträge

Die Schulträger erhalten für Schulbaukosten aus der Kreisschulbaukasse die in der Vorlage aufgeführten Zuwendungen. Die notwendigen Mittel sind im Haushalt 2027 bereit zu stellen.

Zuschüsse zu Verkehrssicherheitsmaßnahmen

Den Gemeinden Anderlingen und Rhade wird für ihre Verkehrssicherheitsmaßnahmen ein Zuschuss in Höhe von einem Drittel der Anschaffungskosten (jeweils 713,60 €) gewährt.

Kreisausschuss am 21.05.2026

Tierkörperbeseitigung; hier: Abschluss einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung

Der Landkreis Rotenburg (Wümme) übernimmt weiterhin die Federführung gegenüber der Tierseuchenkasse und dem beauftragten Unternehmen auf Basis der beigefügten öffentlich-rechtlichen Vereinbarung.

Zuschüsse zu Verkehrssicherheitsmaßnahmen

Der Stadt Bremervörde wird für ihre Verkehrssicherheitsmaßnahme ein Zuschuss in Höhe von einem Drittel der Anschaffungskosten = 1.427,21 € gewährt.

Kreisausschuss am 16.06.2026

Transformation der Tagesbildungsstätten

Der vorliegenden Absichtserklärung zwischen der Lebenshilfe Bremervörde-Zeven und dem Landkreis Rotenburg (Wümme) wird zugestimmt.

Zustimmung zur Annahme von Zuwendungen für die Kreismusikschule und das Frauenhaus

Der Annahme der Zuwendungen für das Frauenhaus (1.000,00 €) und die Kreismusikschule (1.859,96 € Projektförderung KAOS) wird zugestimmt.

Neubesetzung der Ehrenämter der Landschaftswarte

Ab dem 01.07.2026 werden bis zum 30.06.2029 folgende Landschaftswarte bestellt:

für das Gebiet der Stadt Bremervörde:	Bernd Sprekels
für das Gebiet der Samtgemeinde Geestequelle:	Detlef Ertel
für das Gebiet der Gemeinde Gnarrenburg:	Klaus Schomaker
für das Gebiet der Samtgemeinde Selsingen:	Mark Heydemann
für das Gebiet der Samtgemeinde Tarmstedt:	Susanne Büsing
für das Gebiet der Samtgemeinde Zeven:	Heiko Pries
für das Gebiet der Samtgemeinde Sittensen:	Christian Rathjen
für das Gebiet der Stadt Rotenburg (Wümme):	Heiko Nalesinski
für das Gebiet der Samtgemeinde Sottrum:	Sabine Jeske
für das Gebiet der Gemeinde Scheeßel:	Klaus Lüdemann
für das Gebiet der Samtgemeinde Fintel:	Arthur Thiel
für das Gebiet der Samtgemeinde Bothel:	Jannes Lüning
für das Gebiet der Stadt Visselhövede:	Rainer Baden
für das „Ekelmoor und Tister Bauernmoor“:	Alfred Nottorf
für das „Große und Weiße Moor“:	Herbert Brandt

Förderantrag der Stiftung Naturschutz - Uferliniengestaltung Sandgrube bei Bülstedt

Der Stiftung Naturschutz wird vorbehaltlich der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel für die naturnahe Umgestaltung und Aufwertung der Sandgrube bei Bülstedt eine Förderung im Umfang von 30.000 € bewilligt.

Verwertung von Bioabfällen im Zuge der Einführung der Biotonne

Die skizzierten Verfahrensweisen zur Verwertung der Bioabfälle aus dem Holsystem werden beschlossen. Die Verwaltung wird beauftragt, auf dieser Grundlage die weiteren Schritte zur organisatorischen und vertraglichen Umsetzung der Bioabfallverwertung zu veranlassen.

Punkt 5 der Tagesordnung: Bericht des Landrates über wichtige Angelegenheiten

Landrat Prietz weist auf die im Sitzungssaal ausgelegten Broschüren „Bevölkerungsschutz Landkreis Rotenburg (Wümme)“ hin. Diese seien jetzt auch in Leichter Sprache und auf Plattdeutsch verfügbar.

Abg. Wölbern begrüßt dieses Angebot und schlägt zusätzlich vor, die Broschüren mit einem QR-Code zu bedrucken und darüber eine Hörfassung der Broschüre anzubieten.

Frau von Ostrowski sagt eine Prüfung zu.

Punkt 6 der Tagesordnung: **Mandatsniederlegung des Kreistagsabgeordneten Marvin Heinrich; hier Feststellung der Voraussetzungen gemäß § 52 Abs. 2 NKomVG**
Vorlage: 2021-26/1178

Kreistagsvorsitzende Tomforde führt aus, der Abgeordnete Marvin Heinrich habe dem Landrat schriftlich erklärt, dass er sein Mandat im Kreistag niederlegen wolle. Damit der Sitzverlust wirksam werden könne, müsse der Kreistag feststellen, dass die Voraussetzungen für den Sitzverlust vorliegen. Die Abgeordneten könnten ihren Sitz u. a. durch Verzichtserklärung gegenüber dem Hauptverwaltungsbeamten verlieren. Diese Voraussetzung sei hier erfüllt.

Landrat Prietz bedankt sich beim Abgeordneten Heinrich für die Mitarbeit im Kreistag und überreicht ihm einen Blumenstrauß.

Herr Heinrich bedankt sich mit einer kurzen Rede bei allen Kreistagsabgeordneten und besonders beim Landrat. Er schildert kurz seine Beweggründe für die Mandatsniederlegung.

Herr Heinrich verlässt den Sitzungssaal um 9.15 Uhr.

Kreistagsvorsitzende Tomforde lässt über den vorliegenden Beschlussvorschlag abstimmen.

Beschluss:

Das Vorliegen der Voraussetzungen für den Sitzverlust im Kreistag des Abgeordneten Marvin Heinrich, Reeßum-Schleeßel, wird festgestellt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	45
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

Punkt 7 der Tagesordnung: **Verpflichtung eines Kreistagsabgeordneten gemäß § 60 NKomVG und Pflichtenbelehrung gemäß § 43 NKomVG**
Vorlage: 2021-26/1179

Landrat Prietz erklärt, auch wenn es nur noch eine kurze Zeit bis zum Ende der Wahlperiode 2021 bis 2026 sei, müsse eine förmliche Verpflichtung und eine Pflichtenbelehrung sein. Der **Landrat** weist den in den Kreistag nachgerückten Abgeordneten Figgen auf seine sich aus den §§ 40 bis 42 NKomVG ergebenden Pflichten hin und verpflichtet ihn förmlich seine Aufgaben nach bestem Wissen und Gewissen unparteiisch wahrzunehmen und die Gesetze zu beachten.

Die Verpflichtung wird durch Handschlag bekräftigt.

Abg. Figgen nimmt an der Sitzung teil.

Beschluss:

Der Abg. Achim Figgen übernimmt folgende Sitze:

- Vorsitzender des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr,
- Mitglied im Ausschuss für Soziales, Arbeit und Gesundheit,
- Mitglied im Schulausschuss,
- Mitglied im Kuratorium für Erwachsenenbildung,
- Vertreter des Landkreises in der Gesellschafterversammlung der Innovationsagentur Nordostniedersachsen (INNO.NON),
- Mitgliederversammlung des Kulturfördervereins (stellv. Mitglied),
- Sozial erfahrene Personen (stellv. Mitglied) und
- Verbandsversammlung des Sparkassenzweckverbandes Rotenburg Osterholz (stellv. Mitglied).

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	45
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

Kreistagsvorsitzende Tomforde weist darauf hin, dass eine vom Kreisausschuss ergänzte Version der Resolution allen Abgeordneten auf den Tisch gelegt worden sei. Ergänzt worden sei ein Absatz, der sich auch an die Bundesregierung und den Bundestag richten würde.

Landrat Prietz führt aus, die vorliegende Resolution enthalte den dringenden Hinweis auf die dramatische finanzielle Lage der kommunalen Ebene. Viele Landkreise seien von Überschuldung bedroht, zwei Landkreise seien bereits betroffen. Es drohe eine Teufelsspirale und es sei schwer, aus dieser Situation mit eigener Kraft herauszukommen. Das Land Niedersachsen würde bei der Höhe der Zuweisungen an die Kommunen über den Finanzausgleich bundesweit an letzter Stelle stehen. Es müsse aber mindestens eine Milliarde Euro zusätzlich vom Land Niedersachsen in den Finanzausgleich gegeben werden. Der Appell richte sich nicht nur an das Land, sondern auch an den Bundestag und die Bundesregierung. Vom Bund würden immer mehr Aufgaben an die Kommunen übertragen, ohne dass es hierfür eine finanzielle Kompensation geben würde. Und es seien nicht nur mehr Einnahmen nötig, sondern es würde auch um die Finanzierung der Ausgaben gehen. Es müsse gehandelt werden, sonst müssten dies alle Kommunen ausbaden. Die kommunalen Spitzenverbände seien sich darin einig, dass dies eine demokratiegefährdende Situation, vor allem für die Kommunen, sei.

Beschluss:

Die Resolution wird in der als Tischvorlage vorliegenden Fassung beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	45
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

Punkt 10 der Tagesordnung: **Resolution „Bund, Hände weg vom Rettungsdienst!“**
Vorlage: 2021-26/1155

Landrat Prietz führt zum Hintergrund der Resolution aus, es würde um die Entwürfe zum GKV-Beitrags-Stabilisierungsgesetz gehen. Unter anderem habe der Bund geplant, die Verantwortlichkeit für den Rettungsdienst von den Ländern auf den Bund zu verschieben. Die Aufgabe des Rettungsdienstes würde vom Landkreis für das Land wahrgenommen. Dadurch hätten die Landkreise auch einen gewissen Gestaltungsspielraum bei der Durchführung der Aufgabe. Der Bund plane jetzt aber bundesweite Qualitätsstandards für den Rettungsdienst zu vereinbaren. Die Kostenträger würden vermutlich versuchen, nicht gedeckte Kosten auf die Kommunen zu verschieben.

Um das zu verhindern, sei die Verabschiedung einer vom NLT entworfenen Resolution vereinbart worden. Der Rettungsdienst in Niedersachsen würde bisher reibungslos funktionieren.

Abg. Burfeind spricht sich dafür aus, dass es so bleiben solle wie bisher und der Rettungsdienst weiter vom Landkreis organisiert werde. Bundesweit einheitliche Vorgaben halte er nicht für gut. Der Rettungsdienst müsse vor Ort geregelt werden. Deswegen bittet er um Zustimmung zur Resolution.

Abg. Bussenius findet es ungewöhnlich, dass dem Kreistag so viele Resolutionen zur Beschlussfassung vorliegen würden. Aber die Kommunen würden finanziell unter Druck stehen und seien nicht mehr ausreichend handlungsfähig.

Beschluss:

Die im Entwurf anliegende Resolution „Bund, Hände weg vom Rettungsdienst!“ wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	45
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

Punkt 11 der Tagesordnung: **Antrag der Kreistagsfraktionen von CDU, FDP, WFB/BLZG_FW, SPD, B90_Gruene_Die Linke vom 25.05.2026 zur Beratung und Beschlussfassung einer Resolution des Kreistages Rotenburg zum Gesetzentwurf Netzpaket des BMW**
Vorlage: 2021-26/1174

Beschluss:

Dem Antrag wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	44
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	1

Punkt 12 der Tagesordnung: **Antrag der Fraktion WFB/BLZG vom 28.05.2026: Änderung der Geschäftsordnung des Kreistages dahingehend, dass in allen öffentlichen Fachausschüssen Einwohnerfragestunden vorgesehen werden**
Vorlage: 2021-26/1173

Abg. Lindenberg führt aus, wenn man auf der Internetseite des Landkreises den Suchbegriff „Einwohnerfragestunde“ eingeben würde, würde man zwar einen Eintrag finden, Bürgernähe würde nach seiner Ansicht aber anders aussehen. Die WFB-Fraktion sei der Auffassung, dass alle Bürgerinnen und Bürger in allen öffentlichen Sitzungen ein Fragerecht haben sollten, dies dürfe nicht nur für Abgeordnete gelten.

Abg. Sievert führt aus, die SPD-Fraktion würde den Antrag unterstützen, weil dies bürgerfreundlich sei und zu mehr Transparenz im Verwaltungshandeln führen könne. Es sei nicht ausreichend, die Bürgeranfragen nur im Kreistag zuzulassen. Die Entscheidungen des Kreistages würden in den jeweiligen Fachausschüssen vorbereitet. Die Einwohnerfragestunde würde für die Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeit eröffnen, sich mehr Klarheit über das Verwaltungshandeln zu verschaffen und eine Steigerung der Beteiligungskultur bedeuten. Er bedankt sich bei der WFB/BLZG-Fraktion für den Antrag.

Abg. S. Holsten führt aus, auch die B90/Die Grünen/Die Linke-Fraktion würde den Antrag unterstützen. Das bedeute aber auch, dass das Angebot von den Bürgerinnen und Bürgern genutzt werden müsse.

Abg. E. Holsten meint, er habe es noch nicht erlebt, dass in einer öffentlichen Ausschusssitzung bei einer Bürgerfrage nicht die Sitzung unterbrochen werde, damit die Frage angehört und beantwortet werden konnte. Seine Fraktion wolle aber dem Beispiel anderer Kommunen folgen und deshalb werde der Antrag unterstützt.

Beschluss:

Dem Antrag der Fraktion WFB/BLZG, die Geschäftsordnung des Kreistages dahingehend zu ändern, dass in allen öffentlichen Fachausschüssen Einwohnerfragestunden vorgesehen werden, wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	45
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

Landrat Prietz verlässt die Sitzung und nimmt im Zuschauerraum Platz.

Punkt 13 der Tagesordnung: **Jahresabschluss 2024; a) Beschluss über die Jahresabschlüsse 2024 des Landkreises und des Nettoregiebetriebes Abfallwirtschaft, b) Entlastung des Landrates, c) Beschluss über die Ergebnisverwendung der Jahresergebnisse 2024**
Vorlage: 2021-26/1139

Abg. Harling geht kurz auf die Ergebnisse des Jahresabschlusses ein. Besorgniserregend sei, dass sich die Haushaltssituation in absehbarer Zeit nicht verbessern würde. Die Schulden des Landkreises hätten sich auf 58,3 Millionen Euro summiert und würden noch weiter steigen, während die Liquidität sinken würde. Die Prüfungsbeanstandungen seien abgearbeitet worden. Es würde nichts dagegensprechen, der Beschlussempfehlung aus dem Kreisausschuss zu folgen.

Beschluss:

- a) Beschluss über den Jahresabschluss:
Die Jahresabschlüsse des Landkreises Rotenburg (Wümme) und des Nettoregiebetriebes Abfallwirtschaft werden in der vorgelegten Form festgestellt und beschlossen.
- b) Entlastung des Landrates:
Der Kreistag beschließt gemäß § 129 Abs. 1 NKomVG dem Landrat bezüglich der Haushaltsführung 2024 die Entlastung zu erteilen.
- c) Beschluss über die Ergebnisverwendung:
Der Jahresabschluss des Landkreises schließt im Ergebnishaushalt mit einem Fehlbetrag im ordentlichen Ergebnis in Höhe von 7.369.750,55 € und mit einem Überschuss im außerordentlichen Ergebnis in Höhe von 176.179,38 € ab. Das ordentliche Ergebnis wird mit dem Überschuss des außerordentlichen Ergebnisses in Höhe von 176.179,38 € verrechnet und mit einem Betrag in Höhe von 7.193.571,17 € mit der ordentlichen Ergebnismrücklage verrechnet.
Der Jahresabschluss des Nettoregiebetriebes Abfallwirtschaft schließt im Ergebnishaushalt mit einem Fehlbetrag im ordentlichen Ergebnis in Höhe von 190.650,00 € ab. Das außerordentliche Ergebnis in Höhe von 190.650,00 € wird zur Deckung des Fehlbetrages des ordentlichen Ergebnisses verwendet.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	44
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

Kreistagsvorsitzende Tomforde unterbricht die Sitzung von 10.00 Uhr bis 10.30 Uhr.

Punkt 14 der Tagesordnung: **Gesamtabschluss 2024: Befreiung von der Aufstellungspflicht gemäß § 128 Abs. 4 Satz 4 NKomVG**
Vorlage: 2021-26/1141

Beschluss:

Die Abschlüsse der verbundenen bzw. assoziierten Aufgabenträger sind für ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Ertrags- und Finanzlage sowohl einzeln als auch in ihrer Gesamtheit von untergeordneter Bedeutung. Die Möglichkeit einer Befreiung von der Aufstellungspflicht eines Gesamtabschlusses wird für das Jahr 2024 gemäß § 128 Abs. 4 Satz 4 NKomVG in Anspruch genommen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	45
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

Punkt 15 der Tagesordnung: **Haushaltsüberschreitungen; hier: Mitteilungen über zwei Eilentscheidungen gemäß § 89 Satz 1 NKomVG sowie eine Mitteilung über eine überplanmäßige Aufwendung für Pensionsrückstellungen im Rahmen des Jahresabschlusses**
Vorlage: 2021-26/1181

Der Kreistag nimmt von den im Rahmen einer Eilentscheidung bewilligten überplanmäßigen Ausgaben Kenntnis.

Punkt 16 der Tagesordnung: **Zustimmung zur Annahme von Zuwendungen für die Kreismusikschule**
Vorlage: 2021-26/1176

Beschluss:

Der Annahme der Zuwendungen wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	45
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

Punkt 17 der Tagesordnung: **Bestellung eines Prüfers des Rechnungsprüfungsamtes**
Vorlage: 2021-26/1160

Beschluss:

Herr Marco Klein wird zum nächstmöglichen Zeitpunkt zum Prüfer beim Rechnungsprüfungsamt des Landkreises Rotenburg (Wümme) berufen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	45
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

Punkt 18 der Tagesordnung: **Bauprojekt: BRV-09-2 Gymnasium Sporthalle; Baumaßnahme: Grundsatzbeschluss zur umfänglichen Komplett-sanierung oder zum Ersatzneubau der Sporthalle und des Musik-Decks des Gymnasiums Bremervörde**
Vorlage: 2021-26/1138

Abg. Stelling führt aus, der heutige Beschluss sei eine Weichenstellung in Richtung Neubau der Sporthalle. Dies werde ein Kraftakt sein und der Landkreis müsse jede Chance nutzen, um Fördermittel für das Bauvorhaben zu erhalten. Trotz allem sei ein Neubau wegen des hohen Sanierungsbedarfs am Bestandsgebäude die wirtschaftlichste Variante. Die Finanzierung der Maßnahme werde den Landkreis fordern.

Abg. Bussenius erinnert daran, dass in Bremervörde nicht zum ersten Mal eine Sporthalle abgerissen werde. Die Differenz zwischen Sanierung des Gebäudes und Neubau der Sporthalle würde sich nach der vorliegenden Kostenschätzung auf 850.000 € belaufen. Der Neubau der Sporthalle sei wirtschaftlicher. Im Altgebäude wären sowohl kleinere als auch größere Instandhaltungsmaßnahmen erforderlich. Auch die Sicherheit für die Nutzer und Zuschauer in der Halle müsse gewährleistet sein. Die Bremervörder Sportvereine würden von einer neuen Sporthalle profitieren, der Hallensport wäre damit zukunftsfest aufgestellt. Er bitte um Zustimmung zum Beschlussvorschlag.

Abg. Kullik erklärt, in Bremervörde werde die größte Summe für die Schulen investiert. Die Notwendigkeit für eine Sanierung oder einen Neubau der Sporthalle sei von allen Beteiligten gesehen worden. Er bedankt sich bei der Amtsleiterin des Gebäudemanagements, Frau Schultz, für die Vorarbeit. Auch in anderen Gemeinden werde viel Geld für die Schulen ausgegeben. Er hoffe, dass die Einstellung in der kommenden Wahlperiode im Kreistag genauso positiv für die Schulen sein werde.

Kreistagsvorsitzende Tomforde lässt über die Ziffern 1. und 2. des Beschlussvorschlages abstimmen.

Beschluss:

1. Der Kreistag beschließt, das Projekt BRV-09-2 Gymnasium Sporthalle Variante II als vollständigen Ersatzneubau der 3-Feld-Sporthalle einschließlich Musik-Deck auf Grundlage eines Neubaus mit zeitgemäßen energetischen und funktionalen Standards zu realisieren.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, auf Basis dieser Entscheidung
 - o die weiteren Planungen einzuleiten,
 - o geeignete Förderprogramme zu sondieren und entsprechende Förderanträge vorzubereiten und
 - o den Bedarf für die Maßnahme im Rahmen der Haushaltsanmeldung ab dem Haushaltsjahr 2027 anzumelden.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	45
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

Punkt 19 der Tagesordnung: **Aktueller Stand der Verhandlungen mit den Krankenkassen und der daraus resultierenden Entgeltvereinbarung/Satzung**
Vorlage: 2021-26/1123

Beschluss:

Die Entgeltvereinbarung zwischen dem Landkreis Rotenburg (Wümme) und den Krankenkassen sowie die Satzung über die Erhebung von Gebühren für den Rettungsdienst und den Krankentransport im Landkreis Rotenburg (Wümme) werden in den vorliegenden Fassungen beschlossen.
Dieser Beschluss umfasst auch redaktionelle oder rechtliche Änderungen der Entgeltvereinbarung und/oder der Satzung, die sich aufgrund der Abstimmung mit den Kostenträgern ergeben.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	45
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

Punkt 20 der Tagesordnung: **Änderung der Satzung über die Schülerbeförderung im Landkreis Rotenburg (Wümme)**
Vorlage: 2021-26/1119

Beschluss:

Die Fünfte Satzung zur Änderung der Satzung über die Schülerbeförderung im Landkreis Rotenburg (Wümme) vom 07.05.1997 wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	45
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

Punkt 21 der Tagesordnung: **Prüfungsmitteilung des Niedersächsischen Landesrechnungshofes über die überörtliche Prüfung des Landkreises Rotenburg (Wümme): "Tagesbildungsstätten oder Förderschulen Geistige Entwicklung?"**
Vorlage: 2021-26/1129

Der Kreistag nimmt die Prüfungsmitteilung des Nieders. Landesrechnungshofs zur Kenntnis.

Punkt 22 der Tagesordnung: **Strategisches Gesamtkonzept „Jugend und Soziales“,
hier: Jugendhilferahmenkonzept und Sozialkonzept
Vorlage: 2021-26/1148**

Abg. Helwig führt zum vorliegenden strategischen Gesamtkonzept Jugend und Soziales aus, dieses Konzept müsse nun mit Leben gefüllt werden. Dazu sei auch der Wille zur Umsetzung des Konzepts erforderlich. Hierzu werde die Unterstützung von allen Beteiligten notwendig sein. Dies gelte auch für die Ehrenamtlichen sowie die ambulanten und privaten Träger der Sozial- und Jugendhilfe.

Landrat Prietz erklärt, in die Erarbeitung der Konzepte sei im Jugendamt und Sozialamt sehr viel Zeit und Arbeit investiert worden. Daraus sei eine gute Grundlage für die Planungen der kommenden Jahre geworden.

Auch **Abg. Dembowski** meint, das Gesamtkonzept müsse nun mit Leben gefüllt werden. Man könne sich am Vorbild von Island orientieren. Dort würden den jungen Menschen Strukturen für die Freizeit gegeben, die Jugendlichen sollten nicht allein zu Hause sitzen. Man könnte ihnen Gemeinschaft bieten z. B. in der Landjugend. Gut wäre auch die Möglichkeit, Erfahrungen in der Berufswelt zu sammeln z. B. durch Ferienjobs. Es würde auch noch die Zusammenlegung von SGB VIII und IX anstehen. Dies solle von den Abgeordneten weiter konstruktiv begleitet werden.

Beschluss:

Der Kreistag stimmt dem anliegenden Gesamtkonzept als strategischem Steuerungsinstrument zur Qualitätsentwicklung im Aufgabenfeld „Jugend und Soziales“ in der anliegenden Fassung zu.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	45
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

Punkt 23 der Tagesordnung: **Konzept zur Umsetzung von Arbeitsgelegenheiten nach § 5 AsylbLG im Landkreis Rotenburg (Wümme)
Vorlage: 2021-26/1157**

Abg. Ofori-Thomas begrüßt das Projekt zur Einführung von Arbeitsgelegenheiten für Leistungsbezieher. Dieses Vorhaben solle weiter verfolgt werden. Damit könnten für den betreffenden Personenkreis die Chancen verbessert werden, sich in die Gesellschaft zu integrieren.

Beschluss:

Das vorliegende Konzept zur Einführung und Umsetzung von Arbeitsgelegenheiten nach § 5 AsylbLG im Landkreis Rotenburg (Wümme) wird zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	45
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

Punkt 24 der Tagesordnung: **Neufassung der Satzung über die Abfallbewirtschaftung im Landkreis Rotenburg (Wümme) (Abfallbewirtschaftungssatzung)**
Vorlage: 2021-26/1166

Abg. Lüttjohann bedankt sich für die Vorbereitung durch die Amtsleiterin Frau Dr. Scherer und ihr Team.

Beschluss:

Die im Entwurf vorliegende Neufassung der Abfallbewirtschaftungssatzung des Landkreises Rotenburg (Wümme) wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	43
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	2

Punkt 25 der Tagesordnung: **Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Abfallbewirtschaftung im Landkreis Rotenburg (Wümme) (Abfallgebührensatzung)**
Vorlage: 2021-26/1167

Beschluss:

Die im Entwurf anliegende 4. Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Abfallbewirtschaftung im Landkreis Rotenburg (Wümme) wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	43
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	2

Punkt 26 der Tagesordnung: **Verweisung von Anträgen an den Kreistag in die zuständigen Fachausschüsse**

Punkt 26.1 der Tagesordnung: **Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 30.05.2026: Biogasanlagen für die Energiewende nutzen**
Vorlage: 2021-26/1190

Abg. Wölbern führt aus, der Weg hin zu den erneuerbaren Energien sei richtig. Jetzt sei die Gelegenheit, die vor rund 20 Jahren gemachten Fehler zu korrigieren. Die damals errichteten Biogasanlagen seien meist noch in Ordnung und könnten weiter Strom und Wärme liefern. Und außerdem könnten Biogasanlagen auch zur Erzeugung von Wasserstoff genutzt werden. Dies solle bei der Beratung des Antrages im Fachausschuss weiter behandelt werden. Er bittet, den Antrag seiner Fraktion in den Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt und Planung zu verweisen.

Beschluss:

Der Antrag wird in den Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt und Planung verwiesen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	45
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

Punkt 27 der Tagesordnung: Anfragen

Landrat Prietz trägt eine Anfrage des Abg. Lindenberg zum Verfahrensstand in Sachen geplante Deponie Haaßel und die dazu ergangene Antwort der Verwaltung vor.

Anfrage Sachverhalt:

Der Landkreis hat nach Anweisung durch das Niedersächsische Ministerium für Umwelt, Energie, Bauen und Klimaschutz (MU) am 22.05.2024 auf Grundlage des vorliegenden Änderungsplanfeststellungsbeschlussentwurfes vom 02.06.2023 das Einvernehmen zur Erteilung der wasserrechtlichen Erlaubnis zur Einleitung des auf dem Gelände der Deponie Haaßel anfallenden Niederschlagswassers in den Haaßel-Windershusener Abzugsgraben (Gewässer II. Ordnung) erteilt.

Das Staatliche Gewerbeaufsichtsamt Lüneburg (GAA) hat in der Folge am 15.11.2024 einen Änderungsplanfeststellungsbeschluss zum Planfeststellungsbeschluss des Staatlichen Gewerbeaufsichtsamtes Lüneburg zur Errichtung und zum Betrieb der Deponie Haaßel vom 28.01.2015 festgestellt.

Dieser Änderungsplanfeststellungsbeschluss wird aktuell beim OVG Lüneburg beklagt. Das letzte mir vorliegende Schreiben des OVG datiert vom 17.12.2025. Das Verfahren ruht anscheinend.

Frage 1.: Ist der Landkreis weiterhin in den Verfahrensablauf der Planfeststellung eingebunden?

Antwort: Der Landkreis ist als Träger öffentlicher Belange in das Verfahren eingebunden und wurde beteiligt. Allerdings ist das Verfahren ja bereits mit einem Planfeststellungsbeschluss zu einem vorläufigen Abschluss gebracht worden. Dieser wurde jedoch nach Kenntnis des Landkreises beklagt und ist damit noch nicht rechtskräftig. Je nach Ausgang des gerichtlichen Verfahrens könnte der Landkreis in Zukunft erneut beteiligt werden.

Frage 2. Hat der Landkreis in dieser Sache einen nach dem 17.12.2025 liegenden Schriftwechsel mit dem GAA oder dem MU geführt?

Antwort: Nein, der Landkreis hat keinen weiteren Schriftwechsel geführt. Das Verfahren liegt weiterhin ausschließlich beim verfahrensführenden Staatlichen Gewerbeaufsichtsamt bzw. dem Oberverwaltungsgericht.

Punkt 28 der Tagesordnung: **Einwohnerfragestunde**

Herr Sebastian Wabnitz spricht die Barrierefreiheit des Internetauftritts des Landkreises an. Dies sei bei anderen Landkreisen (z. B. Landkreis Heidekreis) schon besser umgesetzt. Außerdem möchte er den Sachstand beim barrierefreien Umbau der Bushaltestellen im Landkreis wissen.

Landrat Prietz sagt dem Fragesteller zum Internetauftritt des Landkreises ein persönliches Gespräch durch die Pressesprecherin Frau Heitmann nach dem Ende des öffentlichen Teils der Sitzung zu.

Zur Umgestaltung der Bushaltestellen antwortet **Herr Dr. Lühring**, in einem Flächenlandkreis sei es schwierig, alle Haltestellen barrierefrei umzugestalten. Oftmals seien die Haltestellen nur eine Metallstange am Straßenrand und auch die Zuwegungen nicht barrierefrei. Dies sei ein sehr aufwändiges Vorhaben, an dem der Landkreis und die Gemeinden noch längere Zeit arbeiten müssten.

gez. Tomforde
Kreistagsvorsitzende

gez. Prietz
Landrat

gez. Twiefel
Protokollführer